

## INHALTSÜBERSICHT

Seite

Die soziologische Fragestellung ..... 64

*Dr. Richard Schenck*

Soziale Einflüsse  
auf die nationale Entscheidung in Schleswig ..... 66

*Hans Valdemar Gregersen*

Die soziologische Struktur  
der Bevölkerung Nordschleswigs  
in ihrer Bedeutung  
für die national-politische Entscheidung ..... 74

## UMSCHAU

Notzeit und nationales Bekenntnis  
(Eckernförde nach 1945) ..... 82

Nationale Ressentiments  
(Aus einem Vortrage von Detlef Hansen) ..... 84

Landschaften einer Halbinsel  
(Von der Elbe bis Skagen) ..... 87

*DR. RICHARD SCHENCK, geb. 11. September 1900 in Flensburg, Dr. phil. (Volkswirt), 1946—50 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 1947—49 Finanzminister im Kabinett Lüdemann, gegenwärtig wissenschaftl. Mitarbeiter im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.*

*HANS VALDEMAR GREGERSEN, geb. 1920 in Bollersleben in Nordschleswig, 1939 Abitur in Apenrade, Studium der Geschichte und Geographie an der Universität Kopenhagen, 1947 Lehrer am Gymnasium in Apenrade, 1951 Adjunkt am Staatsgymnasium in Struer. Mitarbeiter an „Sønderjyske Aarbøger“, „Sønderjysk Maanedsskrift“ usw.*

Die Grenzfriedenshefte erscheinen etwa vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedenarbeit im Grenzlande) – Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für 2,- DM im Jahr – Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser allein verantwortlich – Geschäftsstelle: Husum, Woldenstraße 1 – Alle Anfragen nach dorthin erbeten – Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ALS NEUE FOLGE  
DER BRIEFE

## Die soziologische Fragestellung

*Bei den Bemühungen, die nationale Situation Schlesiens gedanklich zu erfassen, um damit die Voraussetzungen für eine praktische Bewältigung der Probleme zu schaffen, ist immer wieder auf den deutschen Zusammenbruch 1945 als Ausgangs- und Ansatzpunkt für die Wiederauflösung der nationalen Frage hingewiesen worden. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß bei der Stellungnahme zu der dänischerseits erstrebten Neuentscheidung sowohl für den einzelnen als auch ganzer Teile der Bevölkerung die damalige Fragwürdigkeit der Zukunft Deutschlands eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.*

*Für den „nationalen Stellungswechsel“ vieler ist es jedoch eine zu einfache und primitive Erklärung, wenn sie etwa in dem Satze gefunden wird, »wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland“. Ohne Zweifel hat es diese Anschauung gegeben und gibt es sie noch heute. Wer aber um die Dinge weiß, kann sich mit dieser Deutung nicht begnügen. Die Problematik ist viel umfassender und komplizierter, als daß man das Geschehene auf diesen Nenner bringen kann.*

*Es handelt sich unter den in Schlesien bestehenden geschichtlichen und aktuellen Voraussetzungen nicht um eine einfache Entscheidung des wirtschaftlichen Besser- oder Schlechtergehens, sondern eine den ganzen Menschen erfassende Stellungnahme für die eine oder die andere bestimmte, geschichtlich gewordene Form menschlichen Zusammenlebens, für die eine oder die andere Lebensgemeinschaft – eben die deutsche oder die dänische Nation. Daß dieses nicht jedem bewußt ist, ändert nichts an der Sachlage.*

*Dies führt notwendiger- und konsequenterweise zur Frage nach dem Verhältnis des einzelnen zur und in der Nation und seiner Verpflichtung oder Nichtverpflichtung ihr*

gegenüber. Bei den Erörterungen hierüber werden meist nur in Betracht gezogen die unmittelbaren Beziehungen, ja, sie allem werden als bestehend und wesentlich angenommen. Die sehr wichtigen, aber oft gar nicht bewußten indirekten Beziehungen bleiben, zum Schaden für eine klare Erkenntnis der Dinge, außer Betracht.

Es kommt hinzu, daß die – vor allem durch die Debatte um das Selbstbestimmungsrecht – in den Mittelpunkt der Erörterung gerückte Entscheidung des einzelnen häufig gar keine wirkliche Einzelentscheidung ist. Sie erweist sich als weitgehend beeinflußt und abhängig von den anderen sozialen Gruppen, in denen der Mensch lebt, und der Stellung dieser Gruppen zur und in der Nation als der umfassenderen und übergeordneten Lebensform, zu der alle anderen irgendwie in Beziehung stehen.

Die genaue Kenntnis, dieser Zusammenhänge ist für die Beurteilung des nationalen Geschehens eine unumgängliche Voraussetzung. Leider fehlt es hier sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart an grundlegenden Untersuchungen.

Trotzdem wird in der Tagespolitik die Debatte um diese sehr komplizierten und differenzierten Zusammenhänge mit Begriffen und Schlagworten aus dem Bereiche der Gesellschaftslehre – in der verschiedensten Bedeutung und in einer Vielzahl von Wortverbindungen – geführt, wodurch die Sachlage alles andere, nur nicht klarer wird. Zu bedenken ist weiter, daß viele dieser Begriffe in der nun mehr als hundert Jahre währenden Auseinandersetzung um die Nationalisierung Schlesiens zu politischen Schlagworten geworden, entsprechend abgegriffen und ressentimentbelastet sind. Manche haben auch im Laufe der Zeit einen erheblichen Bedeutungswandel durchgemacht und sind dauernder Mißdeutung ausgesetzt.

Eine gründliche „Flurbereinigung“ tut hier not und eine Herausarbeitung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit von 1954 als der allein möglichen Grundlage einer Verständigung über die nationalen Tatsachen. Damit wäre allen, Deutschen wie Dänen, und der nationalen Gegenwart wie der Zukunft gedient.

Und zu untersuchen lohnte auch, wo sich heute schon echte gesellschaftliche Ansätze zur Überwindung des aus der Geschichte überkommenen unfruchtbaren nationalen Gegeneinander und beziehungslosen Nebeneinander zeigen.

Dieses Heft möchte zu der Frage nach diesen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Grundlagen der nationalen Problematik Schlesiens einen Beitrag leisten.

e.b.

# Soziale Einflüsse auf die nationale Entscheidung in Schleswig

## *1. Die Entstehung der Ausgangslage*

Die schleswigsche Landenge war am Ausgang der Wikingerzeit (Untergang Haithabus 1050) von der Königsau bis herunter zur Schlei nordgermanischer Siedlungsraum, wenn wir von den Friesen im Westen absehen; zwischen Schlei und Eider war Grenzöde. Schon im 12. Jahrhundert jedoch wurden im Gefolge der Schauenburger die ersten Deutschen, Grundherren und Verwaltungsbeamte, ansässig. Ihnen folgten im 13. und 14. Jahrhundert, im Zuge der Kolonisation des Ost- und Nordseeraums durch die Hanse, deutsche Kaufleute, Handwerker und Gelehrte in großer Zahl. Der Zustrom deutschen Bürgertums hat im 15. bis 17. Jahrhundert in unverminderter Stärke angehalten – der Einfluß der von Deutschland ausgehenden Kirchenreformation ist unverkennbar im 18. Jahrhundert scheint er dann nachgelassen zu haben.

Dieses deutsche Bürgertum hat die städtische Kultur des Landes geprägt. Das deutsche Element wurde „tonangebend“, so daß breitere Bevölkerungsschichten in Stadt und Land aus wirtschaftlichem, kulturellem oder sozialem Interesse sich ihm anpaßten. Das deutsche Bürgertum also, nicht etwa der einseitig dynastisch ausgerichtete, allem Volklichen fernstehende Grundadel, hat für den um 1840 einsetzenden, bis heute dauernden Prozeß der nationalen Entscheidung und Integration im schleswigschen Raum die Ausgangslage geschaffen.

Schon diese kurze Erinnerung an die Volksgeschichte unserer Heimat lehrt uns zweierlei:

## *Grenzlandcharakter und Grenzlandgesetz*

1. Seit acht Jahrhunderten haben auf diesem Boden Menschen dänischer und deutscher Herkunft, dänischer und deutscher Zunge nebeneinander gelebt und sind miteinander zur Landsmannschaft verschmolzen. Dänische und deutsche Einflüsse jeder Art haben sich hier getroffen, auseinandergesetzt, vermischt und sind in wechselnder Stärke wirksam geblieben bis auf den heutigen Tag. Das ist es, was den *Grenzlandcharakter* Schleswigs ausmacht und was seine „Zweistromigkeit“ begründet, die Nicht-Schleswigern so schwer begreiflich zu machen ist. Das hat auch in unserer Staatsgeschichte, in der einzigartigen gleichzeitigen Bindung Schleswigs an

Dänemark und das deutsche Holstein, sein Widerspiel gefunden.

So ist das Grenzlandschicksal Schleswigs das Resultat seiner Geschichte und muß als solches von uns hingenommen und bejaht werden; denn was geschehen ist, läßt sich nicht revidieren, und von „Fehlentwicklungen“ zu reden ist sinnlos. Man kann jedoch für Gegenwart und Zukunft *dieses* aus der Geschichte lernen:

Die Bevölkerung Schleswigs hat sich zusammengehörig gefühlt, bis in der nationalstaatlichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts deutsch und dänisch Gesinnte sich voneinander schieden. Eine notwendige Folge dieser Scheidung war die Landesteilung von 1920. Sie bedeutete jedoch für die Schleswiger selbst noch nicht den Abschluß des geschichtlichen Vorganges ihrer nationalen Integration. Dieser ist weitergegangen. Auch und gerade nach 1920 haben sich in beiden nunmehr staatlich getrennten Landesteilen starke Bevölkerungsgruppen national neu entschieden.

Das wird vielfach als „anachronistisch“ verurteilt, weil es dem heutigen, durch das Erlebnis der Weltkriege gewandelten Geschichts- und Zeitbewußtsein widerspricht. Wo alles die Wiederherstellung der einst durch den Nationalismus aufgelösten europäischen Einheit im Auge hat, kann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine nationale Entscheidung oder Neu-Entscheidung, die nach herrschender Meinung in die abgelaufene nationalstaatliche Epoche gehört, auf wenig Verständnis rechnen. Aber die Epochen sind in der Regel nicht durch scharfe Zäsuren voneinander getrennt – ein verbreitetes Mißverständnis der Dialektik –, sondern gehen unmerklich ineinander über, wie denn jede neue Epoche die wesentlichen Ergebnisse und Bildungen der vorangegangenen in sich aufnimmt.

So bleibt uns nichts anderes übrig, als dem Prozeß der nationalen Entscheidung und Neubesinnung die Freiheit des Ablaufs bis zu seinem nun doch absehbaren Ende zu lassen. Und es bleibt uns weiter nichts anderes übrig, als das Ergebnis der nationalen Integration zu bejahen und als Baustein in die übervolkliche Ordnung, die wir wollen müssen, einzubeziehen. Beides ist aber nur möglich in voller, ungeteilter, unbedingter Freiheit der Gesinnung und Betätigung für den einzelnen und für die nationale Minderheit; in jener die Rechtsgleichheit beider Nationalitäten einschließenden Freiheit, die das Gesetz des Zusammenlebens im Grenzlande ist.

### *Das deutsche Element als soziale Oberschicht*

2. Das andere, was die Volksgeschichte uns lehrt, ist dies: Abgesehen von dem Raum zwischen Schlei und Eider, hat es auf schleswigschem Boden keine geschlossene deutsche Siedlung gegeben. Wie wir schon sahen, war das eingewanderte deutsche Element zur Hauptsache in den Städten konzentriert und stellte im ganzen die soziale Oberschicht dar. In dieser Stellung und Eigenschaft hatte es, wie wir auch schon gesehen haben, die Möglichkeit, breitere Bevölkerungskreise an sich heranzuziehen, vornehmlich und zunächst aber doch solche, die sich der führenden Schicht aus

sozialen Gründen angleichen wollten. Da nun diese in *ihrem* Lebenskreise wiederum tonangebend waren, setzte sich der Angleichungsprozeß nach unten und ins Breite fort. Das wuchs und entwickelte sich, solange das Bürgertum und die Bildungsschicht sich der niederdeutschen Sprache bedienten, die lebensnah, einfach und volkstümlich ist und darum von der jütischsprechenden Bevölkerung leicht adaptiert wurde.

### *Das Verhängnis des Sprachwechsels*

Der offizielle Sprachwechsel vom Niederdeutschen zum Hochdeutschen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts hat diese Entwicklung, die im weiteren Verlauf voraussichtlich zur vollständigen sprachlich-kulturellen Eindeutschung geführt hätte, abgebrochen. Der verdienstvolle Vertreter des Niederdeutschen an der Universität Hamburg, Prof. Niekerken, hat kürzlich ausgeführt, daß die Verweisung der alten und vornehmen niederdeutschen Volkssprache in den Rang eines Dienstbotenidioms im ganzen niederdeutschen Sprachraum dem niederdeutschen Element das Bewußtsein der sozialen Inferiorität eingeprägt hat, so daß bis heute der in niederdeutscher Sprache wurzelnde Mensch in seinem Auftreten gehemmt ist. In Schleswig hat dieser Vorgang noch verhängnisvoller gewirkt. Er hat die Möglichkeiten sprachlich-kultureller Eindeutschung der jütischen Unterschicht weitgehend verschüttet und die soziale Kluft zwischen Deutsch und Dänisch vertieft; denn das Hochdeutsche ist unseren einfachen Menschen – Generationen preußischer Volksschullehrer, die sich damit abgemüht haben, bezeugen das – eine fremde und schwierige, weil lebensferne, unanschauliche, abstrakte und gekünstelte Bildungssprache geblieben, kurz: die Sprache der „feinen Leute“. Die Wirkung wäre noch verhängnisvoller gewesen, hätte nicht das Niederdeutsche trotz allem eine so erstaunliche, nur aus seiner Volkstümlichkeit zu erklärende Lebenskraft bewiesen, daß es noch im 19. Jahrhundert und später imstande war, den jütischen Dialekt aus Angeln und von der Geest bis über die Linie Flensburg-Niebull hinaus zu verdrängen.

Wir ziehen den Schluß: Während die volkstümliche Sprachmacht des Niederdeutschen es möglich machte, den als Folge des Kolonisationsvorganges bestehenden sozialen Gegensatz zwischen Deutsch und Dänisch durch die sprachlich-kulturelle Eindeutschung der breiten, jütisch sprechenden Unterschicht zu überbrücken, hat der Sprachwechsel zum Hochdeutschen die soziale Distanz für jedermann und in jeder sprachlichen Äußerung des Alltags sinnfällig gemacht. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß dies die nationale Entscheidung im 19. und 20. Jahrhundert, deren Analyse wir uns jetzt zuwenden, nachhaltig zu deutschen Ungunsten beeinflusst hat.

### *II. Das Jahrhundert der nationalen Entscheidung und Integration*

Der Vorgang der nationalen Entscheidung in Schleswig ist bisher meist als die „Erweckung“ einer bis dahin im Zustand vornationaler Unbewußtheit verharrenden

Bevölkerung durch die von außen an sie herangetragene, aber auf vorbereiteten Boden fallende „nationale Idee“ aufgefaßt worden. Seinen zeitlichen Ablauf hat man zumeist in die Jahre zwischen etwa 1840 und 1867 verlegt, indem man davon ausgegangen ist, daß die bis dahin feststellbaren Ergebnisse der nationalen Integration, abzulesen an den Ziffern der Wahl zum Norddeutschen Reichstag, im wesentlichen die endgültige, später nur noch geringfügig sich ändernde Schichtung der Nationalitäten angezeigt hätten. Im Ergebnis der Volksabstimmungen von 1920 will man, die vierzig Jahre des preußischen Verwaltungskrieges gegen die dänische Volksarbeit in Nordschleswig und die besondere Interessenlagerung in der Flensburger Arbeiterschaft übersehend, die Bestätigung dieser Auffassung gefunden haben. Was nach 1920 vorgegangen ist, hat man entweder noch nicht zur Kenntnis genommen – so den Übergang der kulturdeutschen Arbeiter Nordschlewigs ins Dänentum – oder mangels besserer Erklärung aus dem Gebiet der Politik in das der Moral verwiesen – so das Vordringen des Dänentums in Südschleswig nach 1945. Diese Auffassung ist, wie schon hier ersichtlich, einseitig. Sie reicht zur Erklärung der Vorgänge nicht aus. Am wenigsten ist sie geeignet, die Veränderungen seit 1918 verständlich zu machen. Sie kann daher auch nicht Wegweiser sein zu einer uns weiterführenden Politik. Gegen sie ist zu sagen:

### *Irrweg und Schwäche der deutschen Nationalidee*

1. Der Hinweis auf die „nationale Idee“ und auf die von ihr ausgehende Kraft der Integration, die allgemein für die ersten Jahrzehnte, für die dänischen Nordschleswiger bis 1918, gar nicht bestritten wird, sagt uns doch nicht viel, solange wir uns nicht folgendes klarmachen: Es handelt sich eigentlich um *zwei* Ideen, die *romantische* des Volkstums und die *politische* des Nationalstaats, die in jedem der beiden Völker ihre durchaus eigentümliche Prägung gefunden haben und wiederum in jedem Volk auf eigentümliche Weise miteinander verschmolzen sind. Nur der wichtigste Unterschied kann hier angedeutet werden:

Die geistige Strömung der Romantik, ursprünglich in Reaktion auf den Rationalismus ein Sich-Besinnen auf das Werden und die besondere geistige Gestalt des eigenen Volkes, hat sich in Deutschland früh der konservativen Restauration verbunden und wurde ideologischer Vorspann der Reaktion. Damit aber begann jenes „beständige, immer wieder erschütternde Suchen des deutschen Geistes nach Argumenten der Unfreiheit und nach Elementen der Ungleichheit“), das uns über den Historismus und theoretischen Nihilismus mit schauerlicher Folgerichtigkeit bis in die Praxis der Rassenvernichtung geführt hat. Das auch hat uns seit 150 Jahren daran gehindert, „den um Menschlichkeit, Freiheit und Verantwortung integrierten Typ des Menschen“)

· Alfred Weber: „Der dritte oder der vierte Mensch“.



zum tragenden Fundament des Gemeinwesens zu entwickeln. Das ist es, was uns nicht zum Volk hat werden lassen.

Anders in Dänemark. Dort verband sich die romantische Idee des Volkstums zwanglos mit den fortschrittlichen, national-demokratischen Bewegungen der Zeit, und daher haben wir im „Dansk samfund“ die nicht nur ideelle, sondern lebenswirkliche, durch und durch egalitär-demokratische Überwölbung und Zusammenfassung von Gesellschaft, Volk und Staat vor uns.

Es ist einleuchtend, daß diese beiden so grundverschiedenen nationalen Ideen im Wettstreit um eine Bevölkerung, deren nationale Tendenzen, wie schon dargelegt, im Vorhinein sozial strukturiert sind, einander nicht ebenbürtig waren. Der werbenden Kraft des nordischen Volkstums hatte Preußen kaum mehr und anderes als den Staatsgedanken und seine Staatsmacht entgegenzusetzen; denn volkliche Kräfte waren nicht zu mobilisieren. Die Ursachen, soweit sie in der besonderen volklichen Struktur Schlesiens begründet sind, haben wir schon genannt. Die schwächere Fixierung des deutschen Nationalcharakters und die stärkere Auslieferung des deutschen Menschen an die persönlichkeitsauflösenden Tendenzen der technisch-zivilisatorischen Entwicklung haben auf unserer Seite der volklichen Desintegration weiteren Vorschub geleistet. Das einzelne gehört nicht hierher. Das Resultat ist bekannt: Als der Staat 1918 zum ersten und 1945 zum anderen Mal zusammenbrach, zeigte sich, daß man voreilig für nationale Integration genommen hatte, was in weitem Umfang nur Staatsgewöhnung gewesen war, die den Staat nicht überdauerte.

### *Nationale Entscheidung als Sekundäreffekt*

2. Die bisher herrschende deutsche Ansicht hat nicht nur die gegensätzlichen volklich-sozialen und national-ideologischen Bedingungen des deutsch-dänischen Wettstreits außer acht gelassen, sie hat auch die späteren Veränderungen in der nationalen Schichtung und Haltung der Schleswiger nicht erklärt. So scheint ihr entgangen zu sein, oder sie hat doch das Faktum nicht gewürdigt, daß, beginnend schon vor dem ersten Weltkrieg, entschieden aber nach diesem, das nationale Verhalten eine *Motivverschiebung* durchmacht. Die von der nationalen Idee ausstrahlende Kraft der Integration ermattet in dem Maße, in dem rational gewertete sozial-ökonomische Tatbestände und politische Grundüberzeugungen sich in den Vordergrund schieben und von nun ab das bewußte politische Handeln primär bestimmen. Dadurch wird die nationale Haltung zum Sekundäreffekt, was zur Folge hat, daß sie nicht mehr unbedingt gilt und nicht mehr unabänderlich feststeht. Die deutsche Seite, die dazu neigt, diese Verschiebung der Motive moralisch zu werten, hat leider aus der veränderten Lage bisher nicht die einzig mögliche Folgerung gezogen, daß es nun darauf ankommt, die nationale Entscheidung durch Verbesserung der Daseinsbedingungen, durch sozialen Ausgleich und ein freiheitliches politisches Klima

zugunsten des eigenen Volkes zu beeinflussen.

An beweiskräftigen Beispielen für diese These fehlt es nicht. Hier sollen zur Illustration, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die folgenden Tatsachen beigebracht werden:

### *Sozialdemokratie und nationale Integration*

Ein Faktor, der die nationale Entwicklung in Schleswig auf besondere Weise stark beeinflusst hat und noch beeinflusst, ist die deutsche Sozialdemokratie, seit 1920 auch die dänische. Vorausgeschickt sei, daß die Sozialdemokratische Partei hier ebensowenig wie das deutsche Bürgertum autochthon ist. Ihre ersten Organisationen wurden in den siebziger Jahren von binnendeutschen Handwerksgesellen gegründet, die auf der Wanderschaft oder durch den Militärdienst hierher verschlagen waren. In grundsätzlicher Opposition gegen den halbfeudalen preußisch-deutschen Staat schuf sich, wie bekannt, die sozialistische Arbeiterbewegung in ihren politischen und sozialen Organisationen und ihrer Ideologie ein schützendes Gehäuse, in dem sie, verkapselt gewissermaßen, als Nation innerhalb der Nation ein Leben für sich lebte. Die bürgerliche Kritik hat diesen Vorgang meist unter dem Gesichtspunkt der nationalen Desintegration gesehen und verurteilt. Es ist aber demgegenüber auch in unserem Zusammenhang hervorzuheben, daß gerade *in* diesem jetzt freilich zu eng gewordenen Gehäuse die Arbeiterschaft vor den zerstörenden Folgen der Sinnentleerung ihrer Arbeitsexistenz durch die moderne technisch-zivilisatorische Entwicklung bewahrt und menschlich intakt geblieben ist, während die bürgerlichen Schichten demselben Auflösungsprozeß, der später auch sie ergriff, in geistiger Hilflosigkeit weithin erlegen sind, bis sie im praktischen Nihilismus der Nazizeit endeten. Auch wenn wir hiervon absehen, läßt sich der bürgerliche Vorwurf der nationalen Desintegration durch die Sozialdemokratie nicht halten. Bleiben wir im Beispiel unseres Grenzlandes, so hat unbestreitbar diese Partei in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkriege die Arbeiterschaft *beider* Nationalitäten in ihren Organisationen gebunden, dadurch die dänischen Arbeiter nationalpolitisch zunächst neutralisiert und in der Folge wenigstens teilweise auch national integriert.

### *Flensburg 1920/23*

Vor die Entscheidung von 1920 gestellt, mußte die Partei ihren Anhängern in Nordschleswig selbstverständlich die Abstimmung freigeben. In Flensburg und Mittelschleswig setzte sie sich mit Erfolg für geschlossene deutsche Stimmabgabe ein. Das war besonders in Flensburg nicht einfach; denn hier galt es zuvor die Besorgnis zu zerstreuen, daß der sichere Verlust des nordschleswigschen Hinterlandes die Wirtschaftsbasis eines *deutschen* Flensburg tödlich treffen müsse. Als J. P. Nielsen im Auftrage der dänischen Partei Anfang 1919 die Stimmung in Flensburg sondierte, gewann er den Eindruck, daß die Stadt mit Mehrheit dänisch stimmen werde. Als er

Ende des Jahres den Besuch wiederholte, wurde er vom Gegenteil überzeugt. Inzwischen hatte die deutsche Partei – mit Hilfe bestimmter, die wirtschaftliche Zukunft der Stadt betreffender Zusicherungen der Staats- und Reichsregierung und mit Hinweis auf ihre eigene starke Stellung als tragende Regierungspartei – die Arbeiterschaft für ihre Parole gewonnen. Das bestätigte der 14. März, an dem auch die aus Nordschleswig stammenden, meist dänischen Arbeiter, aus den angegebenen wirtschaftlichen und politischen Gründen der Parole gefolgt sind.

Dasselbe Motiv trat wieder zutage, als im Herbst 1923 die beiden sozialdemokratischen Parteien über das Wels-Stauning-Grenzabkommen verhandelten, das die Grenze von 1920 der politischen Diskussion entziehen sollte. Inzwischen hatten sich für Flensburg die vorausgesagten schweren wirtschaftlichen Schäden schon eingestellt, während die Hilfsversprechen von 1919/1920 nicht wirksam geworden waren. Die Flensburger Arbeiter reagierten hierauf, indem sie sich der ausdrücklichen Anerkennung der Grenze widersetzen. Sie wollten an der Revisionsforderung mit dem Ziel einer Verlegung der Grenze weiter nördlich festhalten, um Flensburgs Hinterland zu erweitern. Es war schwer, ihren Widerstand zu überwinden.

### *Gegensätzliche Entwicklung in Nord- und Südschleswig*

In dem folgenden Jahrzehnt, bis zum Einbruch der Nazibarbarei, hat sich die Mißstimmung in der Flensburger Arbeiterschaft nach und nach in dem Maße vertieft, in dem klar wurde, daß Preußen-Deutschland, unbelehrt durch den Verlust Nordschleswigs und unbeeindruckt durch die zielbewußte dänische Arbeit zur Erschließung des 1920 gewonnenen Landesteils, *seinen* schleswigischen Grenzraum weiterhin vernachlässigte. Das allmähliche Entstehen eines bruchartigen sozialen Gefälles entlang der neuen Staatsgrenze war schon damals zu sehen. Der Flüchtlingsstau von 1945 hat es nur noch einmal akzentuiert.

Während so die Flensburger Arbeiter schon um 1930 ihrer deutschen Partei langsam zu entgleiten beginnen, hat umgekehrt in eben diesen Jahren die dänische Sozialdemokratie in Nordschleswig den Arbeiterflügel der deutschen Minderheit weitgehend für sich gewonnen. Unter der klugen und menschlich-warmherzigen Führung von J. P. Nielsen ist die Partei dabei sehr behutsam vorgegangen, hat die nationale Frage nicht angerührt, jedoch für ihre Anhänger in der Praxis sehr Beträchtliches geleistet. Ihr größtes Aktivum waren die schon nach einem Jahrzehnt in die Augen springenden Ergebnisse der dänischen Erschließungspolitik. Den endgültigen Übergang zum Dänentum haben diese früher kulturdeutschen Arbeiter 1933 vollzogen, als der Naziterror sie zwang, zwischen Nation und Freiheit zu wählen. Sie wählten die Freiheit, und es ist auch in der bisherigen Nachkriegsentwicklung, wie die Wahlziffern der deutschen Minderheit zeigen, nicht ersichtlich geworden, daß sie

ihre Entscheidung bereit hätten.

In der Arbeiterschaft des deutschen Südschleswig, voran in Flensburg, hat sich während der Nazizeit dieselbe Entscheidung im stillen vorbereitet. Es ist klar, daß die Anhänger des Regimes zu diesen Vorgängen keinen Zugang hatten; die Gegner haben darum gewußt. Die Enttäuschung über die Instabilität der Weimarer Demokratie und der nach der Erfahrung des Terrors tiefwurzelnde Zweifel an der Möglichkeit einer gesunden demokratischen Entwicklung in Deutschland, dazu die alte Sorge um ihre Stadt, auf der anderen Seite das Beispiel und Vorbild einer gefestigten, alle Lebensbereiche wie selbstverständlich durchdringenden freien demokratischen Ordnung in Dänemark – das waren die Beweggründe, die diese Arbeiterbevölkerung 1945 fast geschlossen, unter Mitnahme breiter Teile der übrigen Bevölkerung, vornehmlich aus der Kleinbürger- und Rentnerschicht, in das dänische Lager geführt und seither überwiegend dort festgehalten haben. Kein Zweifel, daß in diesen neun Jahren die nationale Integration der neudänischen Schichten wesentlich vorangeschritten ist. Ein endgültiges Urteil darüber wird freilich kaum vor Ablauf eines Menschenalters möglich sein. Bis dahin hat die deutsche Politik noch Rückgewinnungschancen; welche, haben wir gezeigt. *Wenn wir sie nur nutzen wollten!*

# Die soziologische Struktur der Bevölkerung Nordschleswigs

*in ihrer Bedeutung  
für die national-politische Entscheidung*

Durch die freundliche Vermittlung von Professor Troels Fink (Aarhus) stellte uns H. V. Gregersen, Adjunkt am Staatsgymnasium in Struer (Dänemark), den folgenden Beitrag zur Verfügung.

*Es ist bekanntlich die national-politische Frage, die den Leitfaden in der neueren Geschichte des schleswigschen Grenzlandes bildet. Viele meinen sogar, daß die Geschichte des alten Herzogtums sich nur mit der anstehenden Auseinandersetzung zwischen Deutsch und Dänisch beschäftigt. Nichts kann jedoch verkehrter sein. Zwar läuft die national-politische Frage wie ein roter Faden durch die tausendjährige Geschichte des allen Grenzlandes; im modernen Sinne ist diese Frage aber nur gut einhundert Jahre alt, indem die Spannungen zwischen Deutsch und Dänisch, so wie wir sie in unserer Zeit aufgefaßt haben, erst in den Jahren nach 1830 entstanden.*

\*

Es ist im Grunde eigentümlich, daß sich schon in den ersten Jahren des Nationalitätenkampfes eine Teilung des alten Herzogtums an einer Linie feststellen läßt, die – wenn man von Flensburg und Tondern absieht – im wesentlichen der heutigen Landesgrenze zwischen Deutschland und Dänemark folgt. Hier verlief bekanntlich, mit gewissen kleineren Abweichungen, die jahrhundertealte Grenze zwischen dänischer und deutscher Kirchensprache, und da man die Schule als Kind der Kirche betrachten darf, wurde auch die Unterrichtssprache der Volksschulen von dieser Linie abhängig. Da aber die historische Entwicklung eines Gebietes nicht spurlos über die Köpfe der Bewohner hinweggeht, darf man wohl von einer kulturellen Grenzscheide zwischen Nord- und Südschleswig sprechen.

Indessen kann man auch von einer soziologischen Betrachtung her hier eine Trennungslinie feststellen, die mit den Jahren von entscheidender Bedeutung für die Entstehung der Grenze zwischen den Gebieten mit deutscher und dänischer Bevölkerungsmehrheit geworden ist. Schon die Wahl zur ersten Ständeversammlung 1834 zeigte in diesen für die nationalpolitische Stellungnahme so entscheidenden Jahren vor nun reichlich 100 Jahren die unterschiedliche sozial-ökonomische

Situation. Mit Ausnahme eines einzigen Wahlkreises – der Insel Alsen, wo man einen Pastor erkor – wählten die nordschleswigschen Landgebiete ausschließlich Männer aus den eigenen Reihen der Bauern, während Südschleswig sich überwiegend von Leuten vertreten ließ, die dem eigentlichen Bauernstand nicht angehörten. Es ist auch bezeichnend, daß auf der ersten schleswig-holsteinischen Volksversammlung in Süderbrarup im Jahre 1843 nicht ein einziger Bauer das Wort ergriff.

Schon damals hat man diesen in die Augen fallenden Unterschied bemerkt. Das liberale „Kieler Correspondenzblatt“ schrieb in einer Besprechung der nordschleswigschen Wahl von 1834, daß sie nur in einer Hinsicht zufriedenstellend gewesen sei, freilich nicht mit Bezug auf die Gewählten, denn der Horizont der Bauern sei eng – so dachte man allgemein im ganzen Gesamtstaat –, aber insofern man eine Unabhängigkeit gezeigt habe, die in einem sehr günstigen Licht erscheine und mit der Zeit notwendig die besten Früchte tragen würde! Der Berichter des Blattes wird jedoch kaum geahnt haben, welcher Art die Früchte sein würden, die binnen kurzem aus dem nordschleswigschen Unabhängigkeitsgefühl hervorwachsen sollten, das schon bei dieser Wahl die Bürokratie verbissen abgelehnt hatte.

Der Kern der nordschleswigschen Landbevölkerung war nämlich Jahrhunderte hindurch nicht umsonst der weithin freie Bauernstand gewesen. Schon seit etwa 1600 hatte die Bevölkerung sich weitgehender Freiheiten erfreuen können und sie auch durch wirtschaftlich schwere Zeiten sich bewahrt. Neben der Liebe zu König und Staat fand man deshalb hier ein Unabhängigkeitsgefühl, das in dem Bewußtsein ererbter Rechte seinen Grund hatte – und das übrigens auch dazu beitrug, an der Königsau eine scharfe Grenze zu schaffen, da es ähnliche Freiheiten im Königreich nicht gab. Man kann in dieser Verbindung daran erinnern, daß die schleswigschen Distrikte in der Umgegend von Ribe (Frös- und Kalslundharde) von jütischen Bauern als „die Freiheit“ bezeichnet wurden.

Es zeigte sich, besonders in der Landbevölkerung, eine weitverbreitete Kritik und Selbständigkeit gegenüber den örtlichen Beamten, besonders gegenüber den Hargesvögten und Amtsverwaltern; eine Unzufriedenheit, die freilich am Fuß des Thrones immer halt machte! In den Jahren um 1840 war es, als ob sich im Bewußtsein des Volkes die Obrigkeit in eine zentrale und eine lokale aufgespalten hatte, und es war deshalb kein Wunder, daß die örtlichen Beamten, besonders die Juristen, erhalten mußten, wenn die Bauern „spektakelrig“ wurden. Denn gerade im Rechtswesen waren die alten Bauerngerechtigkeiten angegangen worden. So waren bereits in der Zeit vor 1700 nach und nach die meisten Hargesvögte aus den Reihen der Bauern durch juristisch geschulte Männer ersetzt worden, deren Sprache und Ausbildung natürlich deutsch (und lateinisch) war. Aus rein fachlichen Gründen mußten diese deshalb das Eindringen der dänischen Sprache in Verwaltung und Gericht bekämpfen. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Widerspenstigkeit der Bauern sich in erster Linie gegen die

deutschgebildeten Advokaten wandte.

Man wird in der schleswigschen Geschichte kaum ein bezeichnenderes Beispiel für die Bedeutung des soziologischen Hintergrundes für die nationalpolitische Stellungnahme finden können, als die persönliche Entwicklung des Bauern Nis Lorenzen-Lilholt. Es war nicht zufällig, daß gerade er in der schleswigschen Ständeversammlung ein Ergebnis von bleibender und entscheidender nationalpolitischer Bedeutung erzielte. Nach seinem Vorschlag wurde nämlich im Jahre 1840 das Sprachreskript erlassen, das die dänische Sprache überall dort als Verwaltungssprache einführte, wo sie vorher schon in Kirche und Schule im Gebrauch war.

Schon seine Aufstellung zur Wahl im Jahre 1834 erregte in weiten Kreisen Aufsehen, da er kurz vorher als Kirchspielsvogt und Kirchenjurat verabschiedet worden war; und noch größeres Aufsehen erregte es, daß die Wähler seinetwegen den Kammerjunker von Krogh auf Aastruphof ablehnten, von dem man gehört hatte, daß er im Begriff war, sich um die Stelle eines Amtsverwalters zu bewerben. Der Wahlleiter, Amtmann Johannsen in Hadersleben, suchte Lorenzen nach der Wahl zu bewegen, sich zugunsten seines vornehmen Gegenkandidaten zurückzuziehen; eine unzulässige Zumutung, die von dem selbstsicheren Bauern mit der Forderung beantwortet wurde, seine Wahl sofort schriftlich bekanntzugeben, was denn auch umgehend geschah!

Nis Lorenzen war ein Mann, der als junger Bauer in der Wirtschaftskrise um 1820 einen harten Kampf für Haus und Hof hatte führen müssen. In diesen Jahren hatte sich eine Bitterkeit gegen den Beamtenstand in ihm angesammelt, die ihn nie verließ. „Schuffte“ nannte er sie! Der schleswigsche Beamtenstand aber gehörte in jener Zeit überwiegend der deutschen Kultur an. Sogar die nordschleswigschen Pastoren, die in ihrem Beruf sich der dänischen Volkssprache bedienen mußten, waren zum größten Teil an der Universität Kiel ausgebildet worden. Die nationale Erweckung, die ihnen die Augen für ihre dänische Herkunft öffnete, war deshalb für die Bauern die natürliche Folge des Kampfes gegen die Beamtenaristokratie.

Die Landbevölkerung Nordschleswigs wurde damals in ihrer großen Mehrheit zu bewußten dänischen Schleswigern – erst nach 1864 wurden sie „sønderjyske“ Dänen.

\*

Es gab jedoch einen Teil Nordschleswigs, in dem die nationalpolitische Entwicklung bis zu einem gewissen Grade an die Verhältnisse südlich des Scheidebachs erinnerte. Das war die ausgedehnte Schluxharde nördlich der jetzigen Landesgrenze. Hier gelang es sogar dem Deputierten dieser Gegend, Thies Steenholdt aus Rapstedt, sämtliche Kirchspielsvögte und Bevollmächtigten zu bewegen, eine Bittschrift zu unterzeichnen, die dem König nahelegte, das Sprachreskript in der Schluxharde nicht durchzuführen, da die Sprache dort „kein ächtes Dänisch“ sei.

In der folgenden Ständeversammlung in Schleswig erklärte Thies Steenholdt unter anderem, daß das Sprachreskript ein großes Unglück herbeiführen würde, „denn wir

lieben die deutsche Sprache und das, was wir auf deutsch lesen, und wir wollen die Kenntnis dieser Sprache im täglichen Verkehr mit dem südlichen Teil des Herzogtums nicht entbehren“. Thies Steenholdt selber ist es zwar nie gelungen, die deutsche Sprache einigermaßen vollkommen zu beherrschen.

Einer der schwerwiegendsten Gründe für ihn aber lag offenbar in der intimen wirtschaftlichen Verbindung mit Südschleswig und Holstein. Und es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß in der Schluxharde ein Gegensatz zwischen den Bauern und den örtlichen Beamten nicht bestand.

Das ist ohne Zweifel auf den im Jahre 1841 verstorbenen Hargesvogt Berend Feddersen zurückzuführen. Schon seit dem furchtbaren Kosakenwinter 1813 arbeitete er mit den Bevollmächtigten der Harde eng zusammen und suchte darüber hinaus die Selbständigkeit der Harde gegenüber dem Amtshaus in Tondern zu festigen. In den dreißig Jahren seiner Tätigkeit (1811 bis 1841) als Hargesvogt dieser Gegend gelang es ihm, das den Bauern innewohnende Mißtrauen gegenüber den bestellten Beamten zu beseitigen, so daß man noch bei seinem Tode sich seines Einsatzes für die Bauern in den schweren Krisenjahren um 1820 erinnerte. Vielmehr zeigte sich bei den Bauern dieser Harde eine gewisse Abneigung gegen die Umgebung des Königs, aus der die strengen Steuerauflagen stammten. Von diesen sozialwirtschaftlichen Betrachtungen her wird man leichter verstehen können, daß der Hauptort der Harde, Rapstedt, abgesehen vom Kirchspiel Uberg, die einzige Landgemeinde Nordschleswigs war, die bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 eine deutsche Mehrheit aufzuweisen hatte. Die übrigen Teile der Schluxharde, die 1920 den Hauptteil des sogenannten Tiedjegürtels bildeten, waren trotz allem überwiegend dänisches Gebiet. Es war nämlich so, daß die deutsche Gesinnung innerhalb des Kreises der Großbauern vorherrschend war, während in der Regel die dänische in der weit zahlreicheren Klasse der mittleren Bauern und Kätner vorherrschte; und die sozialen Unterschiede im Bauernstände waren in der alten Schluxharde sehr ausgeprägt. Für die deutsche Auffassung der nationalen Frage ist es auch bezeichnend, was der Hargesvogt Reeder im Jahre 1864 in Anlaß einer dänischen Bittschrift sagte: „Wenn irgendwo, dann dürfte hier der Satz gelten: nicht die Zahl, sondern das Gewicht der Stimmen hat zu entscheiden. Von den großen und intelligenteren (!) Kommuneinteressenten hat keiner die Petition unterzeichnet, wohl aber Tagelöhner, von denen ein Teil aus Jütland eingewandert ist!“

\*

Auch von einem anderen Teil Nordschleswigs mag man behaupten, daß die sozialen Verhältnisse wesentliche Bedeutung für die nationalpolitische Haltung der Bevölkerung gehabt hat, nämlich von Alsen und dem davorliegenden Sundewitt, die seit den national-politisch entscheidenden Jahren ausgesprochen dänische Gebiete gewesen sind. Für Alsen hat es selbstverständlich eine große Rolle gespielt, daß es durch



Jahrhunderte zum Odense-Stift gehörte und infolgedessen eine lange Reihe dänisch ausgebildeter Pastoren und Lehrer gehabt hat. Aber außerordentlich bedeutungsvoll ist es auch gewesen, daß Alsen sowohl als auch Sundewitt in den Jahren des nationalen Erwachens zum größten Teil zu den Gutsbezirken des Herzogs von Augustenburg gehörten.

Als Gutsherr war der Herzog seinen Bauern nur allzusehr als Bauernschinder bekannt. Rücksichtslos nutzte er seine Jagdrechte aus, und die Bauern mußten sich mit den Flurschäden, die die Jagden mit sich brachten, abfinden, ja auch Treiber sein, wenn der Herzog mit seinen Gästen auf Jagd ging. Sie suchten deshalb solcher Verpflichtungen ledig zu werden und reichten in dieser Veranlassung eine Bittschrift an die schleswigsche Ständeversammlung ein. Der liberale Demokrat Peter Hjort Lorenzen aus Hadersleben hatte eben in dieser Angelegenheit die Sache der Bauern vertreten und zog sich natürlich dadurch die Feindschaft des Herzogs zu, was Lorenzen auch zum Ausdruck brachte in einem Brief an den bekannten Orla Lehmann, einen der leitenden Kopenhagener Liberalen. Es heißt darin (der Briefwechsel vollzog sich anfangs auf deutsch): „Der Herzog läßt wutschäumende Artikel gegen mich schreiben. Es ist ja größtenteils Rachgier wegen der Jagdsache, der Geschichte mit den Patrimonialgerichten und der Debatte über das Steuerbewilligungsrecht.“ Auf dem Hintergrund dieser Verhältnisse versteht man indessen besser den überwiegenden Anschluß dieser Gegend an den dänischen Standpunkt.

\*

Das Jahr 1848 wurde vor allen anderen das Jahr der Entscheidung in der nationalpolitischen Geschichte Schleswigs, denn von nun an mußten alle Einwohner des Herzogtums Stellung nehmen. Die Ereignisse nach den bekannten Märztagen waren in den Augen der Dänen ein Aufstand (Oprör) gegen die gesetzmäßige Obrigkeit, während sie für die Deutschgesinnten eine nationale Erhebung bedeuteten. Der weitaus größte Teil der nordschleswigschen Landbevölkerung schloß sich indessen nun klar der dänischen Sache an, nicht weil sie sonderlich viel von den nationalen oder liberalen Gedanken der neuen Zeit verstand, sondern weil sie königstreu war, während die Schleswig-Holsteiner für sie anmaßende Aufständische waren.

Nach dem Sieg der dänischen Waffen, dem ja nicht gerade ein entsprechendes Resultat am Konferenztisch folgte, führte man zum ersten Male in dem alten Grenzland eine bewußt dänische Verwaltung ein. In Nordschleswig zeigte es sich nun, daß das „Heimdeutschum“ in erster Linie Anschluß fand bei einer Reihe von Großbauern in den Gegenden zwischen Apenrade und Tondern und bei einigen der größten Grundbesitzer im östlichen Teil des Amtes Hadersleben. Der Ständedeputierte Petersen aus Dalby kann als deren Vertreter genannt werden, ebenso wie die Eltern des bekannten Pastors H. Tonnesen, die nach der Grenzziehung 1864 südwärts zogen, um auf schleswigischem Boden zu bleiben, diesem Kreise angehört haben. Ja

noch in den Jahren um die Jahrhundertwende wußte man von gewissen größeren Hofbesitzern in den früheren schleswigschen Kirchspielen südlich der Koldinger Förde („den acht Kirchspielen“), daß sie deutsche Sympathien hegten. Also auch hier haben klassenbestimmte Motive eine Rolle gespielt, als man sich für einen nationalpolitischen Standpunkt entscheiden mußte.

Es werden in dieser Darstellung mit voller Überlegung die national-politischen Verhältnisse in den nordschleswigschen Städten erst behandelt, nachdem in den Hauptzügen die Entwicklung in den Landgebieten aufgezeigt worden ist; denn normalerweise rekrutiert sich die Bevölkerung der Städte aus dem Hinterland; auch ist allgemein bekannt, daß die Stadtbevölkerung viel weniger stabil ist. Es sind darum im allgemeinen die Landgebiete auch für die nationalpolitische Entwicklung der Städte entscheidend.

Bei dem Durchbruch des nationalen Gedankens vor 100 Jahren gehörte das Patriziat der nordschleswigschen Städte überwiegend zur deutschen Kultur – oder wünschte zum mindesten ihr anzugehören; denn sie galt nun einmal als die feinere, und das Nach-oben-hinaus oder wie man damals sagte „die honette Ambition“ spielte wohl immer eine größere Rolle in der Stadt als auf dem Lande. Selbstverständlich ist dies Gefühl durch lange Zeiten schon dadurch gefördert worden, daß die Kirchen- und Schulsprache in allen Städten deutsch war.

Es ist deshalb nur allzu richtig, wenn der Hintermann der ersten dänischen Führer, Christian Flor, der dänische Lektor an der Universität Kiel, 1840 in einem Brief an Peter Christian Koch in Hadersleben, den Redakteur von „Danevirke“, folgende Zeilen schrieb: „Daß die Rettung des nordschleswigschen Dänentums im 19. Jahrhundert von den Kleinbürgern ausgehen mußte, da den Vornehmen und Gelehrten die Hochherzigkeit fehlte, wird eine historische Tatsache bleiben. Deshalb sollen Sie Kaufmann bleiben und Fischer (in Apenrade) Uhrmacher.“

Besonders in Hadersleben fand sich, in Verbindung mit der jahrhundertealten Lateinschule, ein ausgeprägtes Patriziat. Es gehörte tatsächlich in jener Zeit zum guten Ton, sich diesem Kreise anzuschließen, und die Herkunft war in dem Zusammenhang von geringerer Bedeutung. Zum Beispiel wurde ein Gravers Graversen aus dem westjütischen Kirchspiel des bekannten dänischen Dramatikers Kaj Munk in die feine Bürgerschaft Tonderns aufgenommen, wo er unter dem Namen Graus Grausen Wedersøe als eifriger Schleswig-Holsteiner bekannt wurde.

\*

Schon von den ersten Tagen der nationalen Erweckung an bildete also die soziologische Struktur der nordschleswigschen Bevölkerung in hohem Grade einen bedeutungsvollen Hintergrund für die nationalen Gefühle. In dieser kurzen Übersicht ist es selbstverständlich unmöglich, alle die Verhältnisse hervorzuholen, die natürlicherweise auch unter die gegebene Problemstellung fallen müßten. Man könnte

sich zum Beispiel veranlaßt sehen, die auffallende Tatsache zu untersuchen, daß im Unterschied zu den Pastoren die Küster oft eifrige Vertreter des dänischen Standpunktes waren; offenbar ein Verhältnis, das aus dem uralten, sozial bestimmten Gegensatz zwischen den beiden Lebensstellungen beurteilt werden muß.

Wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1867 mit der Volksabstimmung 1920 vergleicht, ist es eigentlich erstaunlich, wie gering die nationalpolitischen Verschiebungen in diesem langen Zeitraum gewesen sind. Einer der wesentlichsten Gründe dafür ist zweifellos soziologischer Natur. Die Struktur der Bevölkerung Nordschleswigs änderte sich in den Jahren unter preußischer Verwaltung nur sehr wenig. Die Industrialisierung wurde kaum spürbar, die nordschleswigschen Städte erhielten nur geringen Zuwachs, und es fand infolgedessen kaum irgendeine politische Aufspaltung nach sozialen Interessen statt.

Es gelang deshalb in dem ganzen Zeitraum auch nur der Sozialdemokratie, einen sehr begrenzten Anschluß in der dänischen Bevölkerung zu finden. Erst in den Jahren vor dem Weltkrieg vollzog sich eine Änderung in diesem Verhältnis. Die dänischgesinnten Arbeiter bildeten im Jahre 1911 den „Dansk Arbejderforening“, der jedoch auf Grund der politischen Entwicklung keine größere Bedeutung gewann.

Es war immer noch der wirtschaftlich unabhängige Bauernstand, der den Kern des nordschleswigschen Dänentums bildete, dessen Leiter fast alle aus dieser Umwelt hervorgegangen waren. Wer den abhängigen Berufen angehörte, wie Kleinhändler u. a. – um nicht solche zu nennen, die beim Staat oder in der Gemeinde angestellt waren –, mußte sich politisch ruhig verhalten; aber die Volksabstimmung von 1920 hat gezeigt, daß sie im Herzen dänisch waren. Der Ausfall der verschiedenen Reichstagswahlen kann deshalb nicht als vollgültiger Ausdruck für die Stärke der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig in diesen Jahren angesehen werden, und es würde auch verfehlt sein, von einer Konjunktur in der dänischen Bewegung zu sprechen. Wenn auch das alte Deutschland ein Rechtsstaat war, konnte man damals durchaus nicht von einer Demokratie in modernem Sinne reden.

\*

Zum Schluß muß zu der hier behandelten Problemstellung gesagt werden, daß die soziologische Struktur einer Bevölkerung selbstverständlich nur bis zu einem gewissen Grade für deren nationalpolitische Wahl entscheidend gewesen sein kann. Etwas anderes behaupten würde bedeuten, daß man nacktem Materialismus sich auslieferte, und was hier angeführt wurde, soll deshalb nicht als ein Stück „materialistischer Geschichtsforschung“ aufgefaßt werden, auf jeden Fall nicht im populären Sinne dieses Begriffs! Selbstverständlich sind Abstammung, Sprache und Kultur mit der natürlichen Zugehörigkeit zu Land und Volk für die nationalpolitische Entscheidung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, genau so wie es ebenso falsch wie unsinnig wäre, den idealistischen Einsatz einzelner im nationalen Kampf zu leugnen. Aber es

kann nicht geleugnet werden, daß vor allem die historisch bedingte soziale Stellung des nordschleswigschen Bauernstandes eine ungeheure Bedeutung für ihre menschliche und volkliche Selbstbehauptung gehabt hat, was denn auch in den Jahren unter preußischer Verwaltung zum Ausdruck kam.

---

### *So war es in Nordschleswig ...*

Und hier tritt für Nordschleswig etwas Besonderes in Erscheinung. Im allgemeinen waren sonst in Europa die Bürger – man kann es vielleicht näher bestimmen als die Akademiker und die Bourgeoisie – Träger der neuen verfassungsmäßigen Ideen; in Schleswig zeigten auch Bauern und Kleinbürger politisches Interesse und in Verbindung damit ein gewaltiges Bildungsbedürfnis.

Die Akademiker waren zwar auch dabei beteiligt; sie waren nun eben unentbehrlich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Das Besondere liegt aber darin, daß die dänischen Professoren aus Kiel (Christian Paulsen und Christian Flor) nur bei den Bauern und den Kleinbürgern anknüpfen konnten, und daß diese volkstümlichen Kräfte, durch die beiden Professoren inspiriert, die Sache in ihre eigne Hand nehmen konnten, während die deutschen Professoren sich an eine breite bürgerliche Schicht wenden konnten.

Sowohl in Dänemark als in Nordschleswig erkannten einzelne Leute, daß dies nur der Anfang war, daß eine kulturelle Gemeinschaft zwischen Dänen im Königreich und dänischsprechenden Schleswigern ein natürliches Ziel war, und jedenfalls, daß man den dänischsprechenden Schleswigern die Möglichkeit geben mußte, sich Kenntnis der dänischen Nationalliteratur zu verschaffen, damit eine allgemeine kulturelle dänische Gemeinschaft entstehen konnte.

*(Entnommen aus Troels Fink „Das Buch im Volkstumskampf“, Grenzfriedenshefte 1953, 1)*

## NOTZEIT UND NATIONALES BEKENNTNIS

### *Eckernförde nach 1945*

Eckernförde liegt 65 km südlich der deutsch-dänischen Grenze und hat 1920 bei der Abstimmung weder zur II. noch zur I. Zone gehört. Ein Minderheitenproblem hat es in dieser Stadt bis zum Jahre 1945 nie gegeben. Bei den Reichstagswahlen wurden im Kreise ganze zwei Stimmen für die dänische Liste abgegeben.

Seit 1945 ist die verhältnismäßig große Stimmenzahl für den SSW besonders auffällig, und Besucher aus anderen Ländern (und oft sogar aus dem nahen Kiel!) können nicht begreifen, soweit südlich der Grenze ein dänisches Schulviertel mit Sportplatz und Kinderheim zu sehen, und daß der Anteil der dänischen Stimmen etwa 25 Prozent ausmachen soll. Auffällig ist auch die bei den letzten Bundestagswahlen relativ geringere Abnahme der SSW-Stimmen in Eckernförde-Stadt, als in nördlichen Gegenden. Fast möchte man meinen – und vieles spricht dafür – daß dort, wo *Arbeiter* zum SSW gestoßen sind und die Nachkriegsnot für sich und ihre Kinder durch ein Bekenntnis zum Dänentum zu erleichtern suchten, das Beharrungsvermögen größer ist, als in solchen Bezirken, wo die dänische Wählerschaft auch weitgehend aus dem Mittelstand gestellt wird. Das bis 1933 mit sozialdemokratischer Mehrheit verwaltete Borby – 1936 in Eckernförde eingemeindet – ist ein deutlicher Beweis

dafür. Andererseits ist an vielen Einzelfällen zu studieren, daß eine normale und gut bezahlte Tätigkeit sowie die verbesserte Lebenslage das ihre tun, um den Kunstbau der dänischen Organisation wieder abbröckeln zu lassen.

Der Eckernförder Notstand – hervorgerufen durch eine außergewöhnliche Erwerbslosigkeit als Folge des Kriegsausganges und verstärkt durch die Zerstörung der Gebäude der Torpedo-Versuchs-Anstalten – hatte neben sozialen, menschlichen und allgemeinen politischen Folgen als besondere Begleiterscheinung: die Flucht aus der Misere der Nachkriegszeit in den Schutz der dänischen Bewegung.

Die Jahre 1945 bis 1951 waren für die Stadt Eckernförde Katastrophenjahre. Fast 40 Prozent aller Arbeitnehmer waren 1949 ohne Arbeit. Die Gebäude der früheren Arbeitsstätten standen leer und waren für die Vernichtung vorgesehen. Tausende Torpedoarbeiter und Spezialisten waren während der Kriegsjahre nach Eckernförde gekommen. Tausende Heimatvertriebene kamen nach Kriegsende. Das Ergebnis: die Stadt verdoppelte in wenigen Jahren ihre Einwohnerzahl. Es ist leicht einzusehen, welche Folgen unter diesen Umständen der *unwiederbringliche Verlust* von

Arbeitsstätten haben mußte, in denen 8000 Menschen *direkt* ihr Einkommen bezogen hatten und von denen *indirekt* die ganze Stadt lebte. Diese katastrophale Lage kann berechtigt verglichen werden mit der Brandschatzung der 800 Jahre alten Stadt durch König Erich von Pommern im Jahre 1416, mit der Plünderung der Stadt durch eine wütende Soldateska im Jahre 1813 und schließlich mit der Überschwemmung als Folge der großen Sturmflut 1872, bei der 150 Häuser ganz oder teilweise zerstört und unübersehbarer Schaden sonst noch angerichtet wurde.

Immer aber hat sich die Stadt – auch durch das tatkräftige Eingreifen besorgter Bürger – wieder erholt und ihren Lebenswillen bewiesen.

Es lag nahe, 1949 an diese Geschichte der Stadt zu erinnern und an den Lebenswillen der Einwohner zu appellieren.

Seither ist viel geschehen. Einige Gebäude der TVA konnten vor der Zerstörung bewahrt bleiben, und in ihnen sind fast 600 Menschen industriell tätig. Kleinere Betriebe konnten gefördert oder neu angesetzt werden. Nicht alles gelang, aber die Ergebnisse sind doch recht befriedigend. Von 5000 Arbeitnehmern überhaupt sind etwa 1000 in völlig neugeschaffenen

Betrieben tätig. Umsiedlung und Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet, in Kiel, in Schweden oder anderen Gegenden taten ein übriges, um die Arbeitslosigkeit fast an den Landesdurchschnitt heranzuführen. Die Hergabe von Mitteln der werteschaftenden Arbeitslosenfürsorge für Straßenbau, Hafenaufbau, Molenbau, Kanalisationsarbeiten und ähnliches ermöglichte Notstandsarbeitern die Überbrückung der schweren Zeiten. Die Jugend erhielt das dringend benötigte Heim und das JAW sorgte für junge Menschen und bereitete sie auf eine Lehrstelle vor. Das Ostseebad erfuhr eine Förderung und wird in steigendem Umfang in Anspruch genommen. Kurzum: Viele Maßnahmen trugen dazu bei, daß Eckernförde seine schwere Zeit abermals überwinden konnte. Das Problem der pro-dänischen Stimmen ist zwar gemildert, aber noch nicht gelöst. Jedoch: Eckernförde wird – davon kann man überzeugt sein – eines Tages wieder eine glückliche Stadt mit glücklichen Menschen sein. Und dann wird auch die Flucht aus der Not zum SSW der Geschichte angehören und vergessen sein. – Das Wappentier Eckernfördes ist das lebensbejahende Eichhörnchen!

*Lechner*

## NATIONALE RESENTIMENTS

*Aus einem Vortrag von Detlef Hansen*

Ressentiment ist dem Französischen entliehen. In den Wörterbüchern wird es mit Gefühl, Nachgefühl, Empfindlichkeit oder mit Groll oder Rachegefühl übersetzt. In unserem Sprachgebrauch umschreiben wir es am besten als gefühlsmäßige Voreingenommenheit. Solche Voreingenommenheit kann sich allem gegenüber geltend machen, was uns im Leben entgegentritt. Das Ressentiment wählt unter dem, was den Sinnen und Gedanken begegnet, das aus, was ihm entspricht, es übersieht und weist zurück, was nicht zu ihm stimmt, es verweilt bei dem, was ihm anziehend ist; es urteilt ohne Rücksicht auf Objektivität. Ressentiments graben sich als Gefühle so tief in die Seele ein, daß sie alles überwuchern und verfärben, was in den Kreis des Bewußtseins tritt. Sie können in dem einzelnen sich festsetzen oder in einer Gruppe oder in einem ganzen Volk und verstärken und erhärten sich in dem Maße, wie die Masse ihrer Träger wächst. Sie lassen sich zu Leidenschaften aufpeitschen und zu besinnungsloser Tat. Ressentiments können sich bilden als Folge übergewaltiger Gefühlsbelastung durch bestimmte Erlebnisse. Die einen können nicht vergessen, was ihnen 1933 geschah, die andern quälen sich Zeit ihres Lebens mit 1945. Ressentiments können ein Volk zerreißen, so wie sie es auch zusammenschweißen

vermögen. Die Dänen litten an 1864, an der Vernichtung ihrer Hoffnung auf Wiedereingliederung Schlesiens, an der politischen Überraschung durch Bismarck, sodaß ein Haß gegen Preußen und seinen Kanzler sich in ihre Seele hineinfraß, der sich auf Kindeskind vererbte, aber wesentlich dazu beigetragen hat, daß das dänische Volk als Volk sich fühlte. Die Kapitulation von Sedan 1870, die Eroberung von Paris, der Verlust Elsaß-Lothringens waren für die Franzosen so mit dem Gefühl verletzter Ehre verbunden, daß Deutschland fortan der Erbfeind ward. „Immer daran denken, nie davon reden!“ war der Ausdruck: tief eingefressenen Ressentiments.

Ressentiments dieser Art verlieren sich, wenn die veranlassende Gefühlsbelastung durch Wiedergutmachung ausgeglichen wird. Die Kaiserkrönung im Spiegelsaal zu Versailles am 18. Januar 1871 ward ausgeglichen durch die an gleicher Stelle vollzogene Unterzeichnung des Diktats von 1920. „Die Schmach des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 im Walde von Compiègne ward ausgelöscht durch die Annahme der Kapitulationsbedingungen am 22. Juni 1940 ebendort,“ schreibt eine deutsche Kurzgeschichte aus dem Jahre 1941. Eine andere Kapitulation mußte folgen. Das ist der Fluch des durch böse Tat

hervorgerufenen Ressentiments, daß es fortzuehend neue Ressentiments gebären muß. Wie überwinden wir solchen Fluch? Nur dadurch, daß wir der Vernunft und der Überlegung zum Siege verhelfen und alle kleinlichen Gefühle der Rache und des verletzten Selbstgefühls unterdrücken.

Ressentiments können aber auch entstehen, ohne daß man sich der veranlassenden Erlebnisse bewußt wird. Es können im Laufe des Tages, im Laufe des Lebens und bei einem Volk im Laufe seiner Geschichte Geschehnisse sich aneinanderreihen, die jeweils alle mit einem Gefühlston gleicher Richtung behaftet sind, der als einzelner unbeachtet bleibt, in seiner Summierung aber eine Stimmung hinterläßt, die eine gefühlsmäßige Einstellung ganz bestimmter Art zur Folge hat.

Dänemark war durch etwa 1000 Jahre einem dauernden Einstrom deutscher Kultur und deutscher Menschen ausgesetzt, vielen willkommen, aber der großen Menge trotz aller anerkannten Verdienste ohne Frage drückend. Aus vielen Zeugnissen durch die Zeiten spüren wir, wie diese deutsche Kulturüberlagerung das Gefühl der Unterlegenheit und Minderwertigkeit im dänischen Volk entstehen läßt, bis es Ende des 18. Jahrhunderts sich der Ursache bewußt wird und in dem Worte Johannes Ewalds „Al vor Fortræd er tysk“ („All unser Verdruß ist deutsch“), zum Ausdruck bringt. Durch Grundtvig wird dies Bewußtsein tief ins Volk hineingesenkt. Die Katastrophe von

1864 gesellt sich dazu, und das Deutsche wird nach Grundtvigs Worten für den Dänen „Eiter und Gift“. Das mit der Katastrophe verbundene Ressentiment begann nach 1920 sich aufzuweichen. Aber das, was in Jahrhunderten erwachsen war, wirkt immer noch nach. Es findet neue Nahrung in den Geschehnissen nach 1945, holt überwundene Lehren hervor vom Urdänentum Schlesiens, überhört die objektiven Darstellungen deutscher und dänischer Historiker, urteilt und handelt blind aus Ressentiment.

Bei uns Deutschen haben die Folgen der vielhundertjährigen Begegnung mit Dänemark ein anderes hervorgerufen: dem einfachen Mann im schleswig-holsteinischen Raum begegnete Dänemark zumeist in dem Treiber, der auf den Ochsenwegen die Tiere aus Jütland nach Husum und Hamburg auf den Markt brachte. Jyllanner nannten wir ihn noch in meiner Kindheit, und den stellten wir uns vor mit schweren hölzernen Schuhen und mit dem Stock in der Hand, und wir sangen: „Hannemann kommt von Jütland an mit 'n Paar grote Holtschoh an. Hannemann mutt sick lever en Paar Stewel kopen, dann kann Hanneman beter lopen. Hannemann seggt ‚Dat Geld is knapp.‘ Dann löppt Hannemann tripp, tripp, trapp.“ Und es gab mehr solcher Spottverse. „O armes Land, von Gott veracht't, wo man aus Bäumen Holzschuh macht, wo man statt Holz die Erde brennt und wo man Smeer die Butter nennt!“ Und noch andere. Sie alle waren Ausdruck des Gefühls, daß



Dänemark zurück war. Hier im schleswigschen Raum hatte dieses Gefühl seinen anschaulichen, volkstümlichen Hintergrund. Das wäre nicht schlimm gewesen, wenn nicht südlich der Elbe dieselbe Überzeugung geherrscht hätte, dort anscheinend begründet in der Kleinheit des Landes und dem Fehlen bemerkter kultureller oder politischer Ausstrahlung. Herder sprach von Dänemark als „dem dänischen Ende Deutschlands“. Stein schlug 1814 vor, Dänemark unter England, Schweden und Preußen bzw. Oldenburg aufzuteilen, und Karl Marx soll angedeutet haben, daß bei einer Neugliederung Europas Dänemark Deutschland zugeschlagen werden könne. Dänemark war in den Augen der Mächte ein kleines Volk, das man nicht sonderlich ernst zu nehmen brauche. Auch Bismarck scheint von solchem Empfinden gelenkt worden zu sein, als er 1864 und 1866 und 1878 seine politischen Maßnahmen traf. Er kannte Dänemark und den andern Norden nicht so wie Paris, London und Petersburg und glaubte auf Dänemark keine Rücksicht nehmen zu müssen. Der Artikel 5 des Prager Friedens wurde nicht erfüllt, während er gleichzeitig bereit war, Luxemburg an Napoleon abzutreten. Dies Gefühl, keine Rücksicht nehmen zu brauchen, erklärt auch die Behandlung der dänischen Minderheit zwischen 1878 und 1918. Auch heute noch können wir das Gefühl nicht unterdrücken, daß in weiten Kreisen Deutschlands Dänemark als der

Kleinstaat angesehen wird, dem man vielleicht Wohlwollen, aber keinen sonderlichen Respekt schuldig ist. Es ist ja nicht viel größer als Berlin!

Wir in Nordschleswig freilich begannen das Gefühl der Überlegenheit und des Herablassenskönnens schon mit Beginn des 20. Jahrhunderts zu verlieren. Es war vor allen Dingen die Auswirkung der Volkshochschulen, die als unbestreitbare Macht uns zu denken gab, dann das von Dänemark her sich ausbreitende Genossenschaftswesen, das der dänischen Minderheit eine wirtschaftliche Festigung gab, und endlich die Enthaltensbewegung, die nicht nur von ihr selbst als moralische Überlegenheit gespürt, sondern auch von uns als solche betrachtet wurde. Heute fällt jedem Besucher Dänemarks der höhere Lebensstandard auf, der ein lebhafteres kulturelles Interesse und ein erhöhtes soziales Pflichtgefühl im Volk zur Folge gehabt hat.

Das Sentiment der Überlegenheit ist bei uns geschwunden, und wir bemühen uns unbefangen, auf unsere Verhältnisse zu übertragen, was dienlich sein kann. Dänische Literatur wird ins Deutsche übersetzt. Deutsche landwirtschaftliche Vereine fahren nach Dänemark, um sich zu orientieren, deutsche Bauernsöhne gehen dort in Stellung, um die Landwirtschaft zu erlernen, und wir deutschen Nordschleswiger spüren keine Hemmungen, Lieder aus dänischen Büchern zu singen.

Wenn aber eine dänische Schule in Südschleswig neu errichtet wird, fühlen

wir irgendwie einen Schmerz in uns, und wenn eine deutsche in Nord Schleswig neu ersteht, ist's für uns eine belebende Freude. Umgekehrt bei unseren Freunden und Gegnern in Dänemark. Völker sind Lebewesen, die leben und leben bleiben wollen wie der einzelne.

Jede Förderung dieses Lebenswillens fühlen wir als Lust, jede Hemmung stets als Leid. Ressentiments! Erst dann, wenn beider Leben durch gemeinsames Streben sich gefördert weiß, werden die nationalen Ressentiments in unseren beiden Völkern überwunden sein.

## LANDSCHAFTEN EINER HALBINSEL

### *Von der Elbe bis Skagen*

Unter diesem Titel erscheint in Kürze im Christian Wolff Verlag, Flensburg, ein Buch aus der Feder Hans Peter Johannsens. Der Autor zeigt in einem Textteil und in einer Auswahl von 43 Photos die charakteristischen Züge der Landschaft und des geschichtlich-kulturellen Lebens auf der von Deutschen und Dänen besiedelten cimbrischen Halbinsel. Zu der Beschriftung der Bilder werden schöpferische Persönlichkeiten des deutschen und dänischen Volkes herangezogen. Aus Texten und Bildern entsteht eine reiche und farbige Gesamtschau. Der Grenzfriedensbund förderte die Entstehung dieser Schrift, die eine neuartige Bereicherung der Heimatliteratur ist. Wir veröffentlichen mit freundlicher Erlaubnis des Verlages einen Abschnitt aus dem Textteil:

Die Bewohner der cimbrischen Halbinsel, die Deutschen im Süden, die Dänen im Norden, haben den Platz, auf den sie gestellt wurden, seit je geliebt

und genützt, sie haben seine Schönheit gepriesen und sich als gute Sachwalter eines anvertrauten Gutes erwiesen; sie haben, wie die politische Geschichte beweist, konsequent und mutig die Gestaltung des Lebens in der Heimat angefaßt, indem sie an die Lösung der jeweils einer Generation gestellten Aufgabe in dem Bewußtsein herangingen, daß sie mit ihrer Haltung und Tätigkeit im Ablaufe des geschichtlichen Lebens zu bestehen hätten. Ihr Land war ihnen eine Offenbarung der Schönheit in der Natur und eine wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Bei der Lösung politischer Probleme ist es nicht ohne bitteren Streit abgegangen, der bis zum heutigen Tage das Leben der beiden Nachbarvölker trübt. In wirtschaftlichen und kulturellen Bezirken hat es dagegen von je viele Berührungspunkte und fruchtbare Wechselwirkungen gegeben.

Die politische Geschichte nahm einen

spannungsreichen Verlauf, der sich im 19. Jahrhundert aus dynastischen, zum Teil auch wirtschaftlichen Interessen, in Verbindung mit allgemeinen europäischen Verfassungs- und Nationalitätsbestrebungen, zweimal zum kriegerischen Konflikt zwischen Preußen-Deutschland und Dänemark zuspitzte. Noch 1784 konnte Hegewisch aus dem Geiste des aufklärerisch und kosmopolitisch bestimmten dänisch-deutschen Gesamtstaates die Mahnung aussprechen, daß „die unter einem Oberhaupte vereinten Nationen, Holsteiner, Normannen und Dänen jede der Sprache des andern Gerechtigkeit widerfahren“ ließen und sich befeißigen möchten, diese Sprachen „vorsorglich vor anderen neueren Sprachen“ zu erlernen. Seine Mahnung verhallte

ungehört im Lärm der nationalistischen Tendenzen des 19. Jahrhunderts, und nach bitteren Wirrnissen beginnt sich erst heute die Auffassung durchzusetzen, daß die Befolgung dieser Mahnung manches Unheil abgewendet hätte.

Friedrich Hebbel notiert einmal in seinem Tagebuch: „Die bisherige Geschichte hat nur die Idee des ewigen Rechts selbst erobert, die kommende wird sie anzuwenden haben“.

Wenn die deutsch-dänischen Kämpfe des 19. Jahrhunderts und die Spannungen zwischen den beiden Völkern im 20. Jahrhundert einen Sinn gehabt haben sollen, dann den, daß nunmehr der Versuch gemacht werden möge, nach dieser Hebbelschen Maxime das politische Leben auf der cimbrischen Halbinsel in der Zukunft zu gestalten.